

Hafenecker empört: Nehammers EU-Job ein Skandal des Postenschachers!

FPÖ-Generalsekretär Hafenecker kritisiert Nehammers Nominierung zur EU-Bank und mahnt zur Intransparenz bei Postenbesetzungen.



Österreich - Am 1. April 2025 sorgt die Nominierung von Karl Nehammer für das Direktorium der Europäischen Investitionsbank für einen Sturm der Entrüstung. Christian Hafenecker, der Generalsekretär der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ), äußerte scharfe Kritik an dieser Personalentscheidung. Er bezeichnete Nehammer als „Rhetoriktrainer, ÖAAB-Funktionär, ÖVP-Generalsekretär, gescheiterten Innenminister und nie gewählten Zufallskanzler“ und verwies auf die Rekordschulden, die Nehammer in seiner Amtszeit als Kanzler hinterlassen hat. Laut Hafenecker sei es ein „Postenschacher“ in rot-schwarzer Koalitionsmanier und skandalös, dass Nehammer einen „High-Level“-Bankjob erhält, während es in Österreich qualifizierte Kandidaten für die Position

gebe. Als besonders besorgniserregend sieht Hafenecker die mögliche Gefährdung von finanziellen Mittel für EU-Projekte im Bereich Sicherheit und Verteidigung.

Hafenecker machte in seiner Stellungnahme auch deutlich, dass er die Intransparenz bei der Postenbesetzung im Regierungsprogramm kritisiert und die Bundesregierung auffordert, die Personalentscheidung zu widerrufen. Er fordert eine ernsthafte Personalsuche und warnt davor, dass die Europäische Investitionsbank in Zukunft möglicherweise die Aufrüstung in Europa finanzieren könnte.

Politische Hintergründe und Entwicklungen

Die FPÖ steht im Kontext einer sich verändernden politischen Landschaft in Österreich. Nach den Parlamentswahlen im September, bei denen die FPÖ 28,8% der Stimmen erhielt – ein Anstieg um fast 13 Punkte im Vergleich zu 2019 – könnte die Partei bald die erste Regierung seit dem Zweiten Weltkrieg führen. Präsident Alexander Van der Bellen hat Herbert Kickl, den Parteivorsitzenden, beauftragt, eine Koalition zu bilden. Dieser Schritt zeigt, dass Versuche, eine Regierung ohne die FPÖ zu bilden, gescheitert sind, da andere Parteiführer nicht bereit sind, unter Kickl zu koalieren. Die konservative Österreichische Volkspartei (ÖVP) kam auf 26,3%, während die Sozialdemokraten 21,1% erhielten.

Kickl, der bereits von 2017 bis 2019 Innenminister war, ist für seine provokanten Äußerungen bekannt und befürwortete während der COVID-19-Pandemie kontroverse Behandlungsmethoden. Unter seiner Führung könnte die FPÖ eine pro-russische Haltung einnehmen und skeptisch gegenüber EU-Vorgaben agieren, während sie gleichzeitig Teil einer rechtspopulistischen Allianz im Europäischen Parlament ist.

FPÖ im historischen Kontext

Die Freiheitliche Partei Österreichs, die 1956 aus einem

Sammelbecken ehemaliger Nazis gegründet wurde, hat sich über die Jahre zu einer etablierten politischen Kraft in Österreich entwickelt. In der Vergangenheit trat die FPÖ unter Jörg Haider in den 1980er Jahren als rechtspopulistische Partei auf, die sich gegen die etablierten Parteien wandte und die Angst der Bevölkerung vor Migration und Kriminalität mobilisierte. Ihre Regierungspartnerschaften, beginnend mit der Koalition 2000 mit der ÖVP, sowie die darauf folgenden Regierungsbeteiligungen, waren stets von Kontroversen und internationalen Sanktionen begleitet. Diese Gemengelage hat den Einfluss der FPÖ sowie die öffentliche Wahrnehmung konstant geprägt.

Die Partei hat in ihrer Historie verschiedene Wahlerfolge erzielt und dabei stets auf gesellschaftliche Veränderungen und Ängste reagiert. Ihre aktuelle Position deutet auf einen Aufwind für rechtspopulistische Kräfte in Europa hin, während gleichzeitig die FPÖ einen klaren Kurs in der Innenpolitik verfolgt, um migrationskritische und sicherheitspolitische Themen weiter zu betonen.

Details	
Vorfall	Skandal
Ort	Österreich
Quellen	• www.ots.at • apnews.com • www.bpb.de

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at